

Stadt Wettin-Löbejün

Die Bürgermeisterin



Stadt Wettin-Löbejün - Bauverwaltung - Markt 1 06193 Wettin-Löbejün OT Löbejün	Eingangsvermerk der Gemeinde
---	------------------------------

Antrag auf sanierungsrechtliche Genehmigung nach §§144, 145 Baugesetzbuch (BauGB)

1. Antragssteller/ Bauherr

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort
E-Mail	Telefon (mit Vorwahl)
Vertreter des Antragsstellers/ Bauherrn: Name	Vorname
Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort
E-Mail	Telefon (mit Vorwahl)

2. Bau-/Sanierungsgrundstück

Gemarkung	Flur-Nr.
Ortsteil	Straße, Hausnummer
Grundstückseigentümer: Name	Vorname
Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort
E-Mail	Telefon (mit Vorwahl)

3. Vorhaben für das die sanierungsrechtliche Genehmigung beantragt wird:

- a) nach §144 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. §14 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §29 BauGB
 - Errichtung baulicher Anlagen
 - Änderung baulicher Anlagen
 - Nutzungsänderung
 - Beseitigung baulicher Anlagen
- b) Erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen nach §144 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. §14 Abs. 1 Nr. 2 Bau GB
- c) Miet- oder Pachtverträge nach §144 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

4. Beschreibung der geplanten Maßnahme und Begründung (siehe Anlage Seite 3)

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens der nach §144 BauGB beantragten sanierungsrechtlichen Genehmigung findet §145 BauGB entsprechende Anwendung.

Hiermit versichere ich, dass mit der Durchführung der beabsichtigten Maßnahme noch nicht begonnen wurde und beantrage mit diesem Schreiben die sanierungsrechtliche Genehmigung.

5. Anlagen (Hinweis: Die Monatsfrist des §145 Abs. 1 Satz 3 i. V. m. §22 Abs. 5 Satz 2 BauGB beginnt erst mit dem Eingang der vollständigen für die Prüfung des Antrages erforderlichen Unterlagen)

- Flurkarte/ Übersichtsplan
- Entwurfszeichnungen (Lageplan, Grundrisse, Ansichten, Fotos)
- Eigentumsnachweis
- weitere Planungsunterlagen:

6. Unterschrift

Ort, Datum	Unterschrift Bauherr/Antragssteller
------------	-------------------------------------

Stellungnahme des Stadt Wettin-Löbejün

Das beantragte sanierungsgenehmigungspflichtige Vorhaben wurde mit dem Beschluss vom _____ behandelt. Das gemeindliche Einvernehmen nach §145 Abs. 1 Satz 2 BauGB wird erteilt.

Das Einvernehmen wird mit folgender Begründung verweigert:

sonstige Bemerkungen und Hinweise:

Ort, Datum

Unterschrift